



An das Präsidium der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel,
An die Landesregierung des Landes Schleswig-Holstein,
An die Kieler Ratsversammlung

Kiel, den 24.01.22

Nach Beschluss in seiner Sitzung vom 24. Januar 2022 gibt das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel die folgende Resolution ab:

Wohnraum auf dem Bremerskamp!

Im Namen der Studierendenschaft fordert das Studierendenparlament der Christian-Albrechts-Universität die Universitätsleitung, das Land, die Stadt und die Lokalpolitik dazu auf, ausreichend Wohnraum im neuen Campusquartier „Bremerskamp“ zu realisieren und die aktuell im Bebauungsplan festgelegte Anzahl von 500 auf mindestens 2.000 Wohneinheiten, davon die Hälfte in den ersten zwei Bauabschnitten, zu erhöhen!

Der neue Universitäts-Stadtteil Bremerskamp bietet viele Chancen und kann einen großen Schritt in die Zukunft für Kiel und die Universität darstellen.

Ein lebendiges und hochwertiges neues Universitätsquartier wird allerdings nicht entstehen können, wenn nach 16 Uhr der Campus, wie es die letzten Jahrzehnte rund um die Leibnizstraße schon der Fall ist, verwaist und zu einem menschenlosen Ort wird.

Durch die monofunktionale Nutzung entstehen Angsträume, nicht genutzte Grünflächen und ein toter Stadtteil. Grund hierfür ist das Fehlen des "Grundrauschens" durch menschliche Aktivitäten, welches nur durch Wohnen in ausreichender Anzahl erzeugt werden kann. Urbanen Raum wie bisher geplant zu nutzen, ist eine Verschwendung öffentlicher Güter, öffentlicher Finanzmittel und Potentiale.

Mit Hinblick auf die extrem angespannte Lage des Wohnungsmarktes in Kiel und den Kapazitäten des Studierendenwerkes Schleswig-Holstein günstig und schnell Wohnraum schaffen zu können, ist die geringe Anzahl an Wohneinheiten auf dem Universitätsgelände Zeichen einer verfehlten hochschulpolitischen und städtebaulichen Ausrichtung.

Die Anzahl von 500 Wohneinheiten, die zwischenzeitlich sogar auf 150 Einheiten reduziert wurde, steht den allein vom Studierendenwerk umsetzbaren 1.000 Wohneinheiten für den Bremerskamp, stark entgegen.

Von der noch weiterführenden städteplanerischen Einschätzung auf den vorherigen Workshops von mindestens 6.000 Wohneinheiten für den gesamten Bereich des Flächennutzungsplans im Bremerskamp, um einen lebendigen Uni-Stadtteil zu erhalten, ist der Wert von 500 noch weiter entfernt. Zusätzlich soll nach den bestehenden Plänen das Gros der 500 Einheiten erst in der letzten Bauphase errichtet werden, womit es für die akute Wohnungsnot unter Kieler Studierenden um Jahrzehnte zu spät fertig wird.

Mit dem Studierendenwerk als Bauherrin entsteht studierendenfreundlicher und preisgünstiger Wohnraum – der auch nicht durch privatwirtschaftliche Investor*innen erbracht werden kann. Der Bau von Wohnheimen durch das Studierendenwerk auf dem Universitätsgelände entlastet den angespannten Wohnungsmarkt in Kiel enorm, indem ein großer Teil der Studierenden aus dem angespannten Wohnungsmarkt „entnommen“ und über das Studierendenwerk versorgt wird.

Eine städtebaulich gemischte Nutzung mit Wohnen, Versorgung und Hochschule erzeugt das Grundrauschen, welches für eine Belebung, Sicherheit und hohe Aufenthalts- und Lebensqualität des neuen Stadtteils grundlegend nötig ist.

Studentischer Wohnraum kann nur im Verbund mit studentischer Mobilität gedacht werden. Studierende müssen vernünftig an den Rest der Stadt angebunden werden und eine Möglichkeit bekommen ihre Fahrräder geschützt abzustellen. Daher möchten wir unsere Forderung nach mehr Wohnraum am Bremerskamp durch eine Forderung nach einem Fahrradparkhaus im Rahmen des bisher geplanten Auto-Parkhauses ergänzen, um die Lebensqualität für Studierende am Bremerskamp zu erhöhen.

Eine Universität kann nicht hervorragend, gar exzellent sein, wenn ihre Angestellten und Studierenden nicht einmal Wohnraum finden.

Die Universität hätte die Möglichkeit - und in unseren Augen die Pflicht - hier Abhilfe zu leisten – zum Wohle ihrer Angehörigen, ihrer zukünftigen Entwicklung als lebendige Universität, als auch zum Wohle der Stadt Kiel und ihrer Bürger*innen.